

KOMMENTAR

Strukturpolitischer Murks

VON ANDREAS GANTER

**Die Pläne des Landes zur aktuellen Gebietsreform sind unausgegoren.
Sie schaffen neue Probleme.**

Die Überlegungen der rot-grünen Landesregierung zur Neugliederung der Kommunen überzeugen nicht. Das ist oft Flickwerk, vom viel beschworenen großen Wurf keine Spur. Wenn die Gemeinden in Rheinland-Pfalz überlebensfähig bleiben sollen, braucht es neue, größere Strukturen.

Wer die durchsetzen will, braucht deutliche politische Mehrheiten. Das Thema taugt nicht für eine Auseinandersetzung im politischen Tagesgeschäft. Ein erster Schritt hin zu mehr Ehrlichkeit wäre der Stopp der aktuellen Vorhaben. Es besteht überhaupt kein Bedarf, diesen strukturpolitischen Murks mit aller Gewalt vor der nächsten Landtagswahl durchzuziehen – zumal in Mainz alle Akteure genau wissen, dass weitere, einschneidende Refor-

men notwendig sind.

Die Anzahl der Kreise muss auf den Prüfstand. Gleiches gilt für die kreisfreien Städte. Es gibt zu viele Kreise und zu viele kreisfreie Städte. Selbst wenn das historische Gründe hat, heißt es nicht, dass das in alle Ewigkeit so bleiben muss. Viele Kreise und kreisfreie Städte bedeuten aber nicht zuletzt, dass es viele Provinzfürsten gibt.

Gerade innerhalb der Parteien spielen die eine wichtige Rolle. Schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb werden sie jede Reformbemühung torpedieren, bei denen ihr eigenes Amt auf der Kippe steht. SPD und CDU haben deutlich mehr kommunale Mandatsträger als die Grünen. Wenn es an eine Gebietsreform geht, wird das zum handfesten Problem für die Volksparteien.